

Transformation und Regionalisierung – Versuch eines produktiven Umgangs mit inflationären Leitbegriffen

Vorbemerkung und Rahmung

„Transformation“ oder auch „Große Transformation“ ist heute weitgehend und nahezu übereinstimmend zu einem Leitbegriff für den anstehenden gesellschaftlichen Umbau hin zu einer nachhaltigen, ökologisch (und sozial) sensiblen Entwicklung geworden. Radikaler Paradigmenwechsel (BUND 2008), epochaler Umbruch (Institut Solidarische Moderne 2011) und ein erforderlicher „neuer Gesellschaftsvertrag (WGBU 2011); das 42. Weltwirtschaftsforum 2012 in Davos stand unter dem Thema „Die große Transformation“. Man kann es sich offensichtlich kaum mehr leisten, die Flagge „Transformation“ nicht aufzuziehen. Bei allem Streit im Detail und gravierenden Differenzen: Die diskursive Macht des neuen Leitbegriffs scheint weitergehende Fragen zu erübrigen, die neue Wahrheit heißt: *alles Transformation*.

Natürlich gibt es immer wieder Versuche der Ordnung und Systematisierung (aus verschiedenen Zugängen Schachtschneider/Adler 2010; Dellheim/Krause 2008; Reißig 2009), und es etablieren sich unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Wird etwa stärker von Karl Polanyi ausgegangen, dann überwiegen Institutionenperspektive und Gesellschaftsvertrag, wird eher von Antonio Gramsci ausgegangen, dann Interessenkonstellationen und Prozessperspektive. Solche Setzungen und differente Ausgangspunkte lassen sich begründen und können ein eigenständiges Erklärungspotenzial entfalten. Als eher problematisch erscheint die oft beliebige, ja inflationäre Begriffsbildung. An diese ist mit Bezug auf eine naheliegende Vorgeschichte kurz zu erinnern.

Transformation war vor mehr als zwanzig Jahren relativ plötzlich zum gleichsam universellen Catch-Wort für Untersuchung und Konzeptualisierung der vielfältigen gesellschaftlichen Prozesse geworden, welche dem raschen Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Europa folgten. Gerade in Deutschland versammelten sich über einen gewissen Zeitraum Sozial- und Wirtschaftswissenschaften unter dem neuen Label. Allerdings zeigt die charakteristische Verlaufskurve dieser Transformationsforschung und der verschiedenen Transformationsdiskurse, dass zunehmend weniger und letztlich nicht das erreicht wurde, was mit dem plötzlichen Auftritt damals Transformation (etwa im Unterschied zu Transition)¹ versprechen sollte und was heute mit diesem Begriff assoziiert wird: *komplexe gesellschaftliche Veränderung, Entwicklung*. Transformation wurde zu einem Passepartout-Begriff bzw. wurde funktionalisiert und seiner kritischen Potenz beschnitten. Es gibt aus aktuellem Interesse gute Gründe, eine solche Verlaufskurve aufzuklären und sie nicht in diffuser Vorgeschichte bzw. oberflächlicher Ablehnung verschwinden zu lassen.

Dies soll nachfolgend in einem ersten Teil geschehen. Anschließend an die Diskussion von Dimensionen, Herausforderungen aktueller Transformations- oder Umbruchprozesse (zweiter Teil) wird dann in einem dritten Teil versucht, den Transformationsbegriff aus seinem negativen Verlaufskurvenpotenzial² zu befreien und mittels einer stringenten Perspektive zugleich kritisches Potenzial und Lebendigkeit zu befördern. Dafür erfolgt die Bezugnahme auf einen anderen Leitbegriff, dessen diffuse Vorgeschichte als Reformbegriff für Umbaustrategien etwa im Ruhrgebiet der 1970er Jahre sowie mit seiner folgenden politisch-ideologischen Funktionalisierung im neoliberalen Marktradikalismus wohl einige Skepsis hervorrufen muss: dem der Regionalisierung (Kröcher 2007; Krumbein et al. 2008). Dennoch wird behauptet, dass Regionalisierung dem Transformationsbegriff eine Eindeutigkeit geben kann, mit der sich sein zentraler Anspruch, nämlich den *Übergang* zu

¹ Darauf wird nachfolgend noch eingegangen. Zudem verweise ich für diese Begriffsdiskussion auf andere Beiträge des Bandes.

² Verlaufskurve und Verlaufskurvenpotenzial sind konzeptionelle Verweise auf die Biografieforschung (Fritz Schütze), der Begriffsinhalt erschließt sich hier aus dem Kontext.

einem anderen gesellschaftlichen Entwicklungsmodell auszuzeichnen, *Prozess- und Handlungsebene* zu begründen, untersetzen lässt.

Mit dieser Vorgehensweise und These wird weder der Anspruch erhoben, den einzig möglichen Weg zu verfolgen. Ebenso können Begrenzungen einer so aufgemachten Perspektive nicht ignoriert werden; nicht jede gesellschaftliche Transformation hat mit Regionalisierung zu tun. Andererseits aber, und darum muss es gehen, lässt sich gerade mit einer solchen Begrenzung gegenüber dem anschwellenden „alles ist Transformation“ genauer sagen, *was* Transformation ist und *wie* sie beginnen kann. Hierin liegt die Stärke des Regionalisierungsbegriffs. Zudem lässt sich eine klarere Sicht darauf gewinnen, was sich an den postsozialistischen Prozessen als praktizierte Transformation „aufheben“ lässt. Beides ist aktuell von beträchtlicher Relevanz.

Transformation – eine vergessene und leicht tragische Vorgeschichte³

Natürlich ist diese Geschichte umfassend nachgezeichnet (vgl. (Hopfmann/Wolf 2001; Kollmorgen 2005; Reißig 1998; Wielgoß/Wiesenthal 1997), sind auch die regional unterschiedlichen Kontexte untersucht (z.B. Bönker/Wielgoß 2008; Genov 2010). Insofern wird nachfolgend ganz bewusst und „pars pro toto“ auf einen deutschen Strang der Debatte Bezug genommen.

Der Politikwissenschaftler Klaus v. Beyme fand für die grundlegende Erschütterung und Irritation, welche die Sozialwissenschaften 1989 erfasst hatten, die historische Analogie im „schwarzen Freitag“, den diese Wissenschaften nunmehr in Ost wie in West erleben würden; und die Soziologin Renate Mayntz bediente sich hierfür in einer ebenso starken Analogiebildung der Metapher vom „Sputnik-Schock“. In der Tat waren die Beobachtungs- und Prognosedefizite die eine Seite, eine damit sich ergebende grundsätzliche Irritation oder offene wissenschaftliche Situation die andere. „Gründe genug“, so Wolfgang Zapf, „um nicht nur über die Situation der Sozialwissenschaften in der ehemaligen DDR, sondern auch in der bisherigen Bundesrepublik und somit dann im vereinten Deutschland nachzudenken“ (Zapf/Thurn 1990: 9).

Implementiert und zeitweise institutionalisiert wurde ein einmaliges und beeindruckendes sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm; für dieses wurde „Transformation“ zum Dach und so auch zum Signal einer zugkräftigen Forschungsagenda. Die Wissenschaftsstatistik belegt das insbesondere für die Jahre 1990 bis 1996 ausführlich; wissenschaftshistorisch muss von einer Sondersituation gesprochen werden: „Was jenseits theoretischer Ansprüche aber mit eindeutigen Zeitindex als Transformation bezeichnet wird, darf ohne Übertreibung als ein exzeptioneller Gegenstand der Sozialforschung gelten. Die annähernde Gleichzeitigkeit, die Ähnlichkeit von Ausgangsbedingungen und Zielen, und nicht zuletzt die beträchtliche Anzahl der sich transformierenden – oder zumindest sich gründlich wandelnden – Länder markieren einen historisch beispiellosen Forschungsgegenstand. ... Nie zuvor hatten Sozialwissenschaftler Gelegenheit, ein ähnlich umfangreiches Sample simultaner Wandlungsprozesse zu studieren“ (Wiesenthal 2008: 8).

Selbst in dieser nahezu zwanzig Jahre später erfolgenden Reflexion lässt sich noch was von der Faszination einer „Belle Époque“ erahnen, deutlicher wird das mit Texten aus dem Zeitkontext 1990/1991: „Deutschland ist derzeit eines der größten sozialen Laboratorien der jüngsten Geschichte ... Was bisher geschehen ist und jetzt folgt, lässt sich als gigantisches soziales Experiment auffassen. Sozialwissenschaftler müssten in jenen Fieberzustand geraten, der Naturwissenschaftler befällt, wenn eine experimentelle Überraschung ansteht. ... Die DDR ist heute kein Randthema mehr für Experten. Die gesamte Zunft der Sozialwissenschaftler ist aufgerufen, das soziale Live-Experiment des ‚Zusammenwachsens‘ genau zu beobachten und Stück für Stück mitzugestalten: Als Wissenschaft von der Gesellschaft und Politik muss sie zunächst ein *Reflexionsforum* der (nicht bloß staatsrechtlichen) Vereinigung werden. ... die Reflexion dieses lokalen Prozesses (stößt) einen überfälligen und in der Luft liegenden generellen *Paradigmenwechsel* in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen an“ (Giesen/Leggewie 1991: 7).

³ Angesichts vorliegender Datenmassen und umfassender Systematisierungen ist es natürlich eine Zuspitzung, von „vergessener Vorgeschichte“ zu reden. Hinsichtlich einer möglichen konzeptionellen Relevanz dieser Daten und Systematisierungen ist die Zuspitzung aber wohl legitim. Und insofern wird auch die weitere Anspielung auf Marx' bekannte Formulierung verständlich: Durchaus wäre es möglich, dass sich die Tragödie wiederholt, eben als Farce.

Und die Autoren unterliegen nicht nur den Verlockungen sich ankündigender Hochzeit, sondern formulieren paradigmatische Erwartungen einer sich gegenüber den „erschlafenen Großparadigmen von Funktionalismus und Marxismus“ neu konstituierenden Soziologie: Es sei das Zwischenfeld von Makro- und Mikro ..., gleichweit entfernt von Gesellschaftstheorie und Psychologismus, es seien Strukturen sozialer Beziehungen, um deren widersprüchliche Konstitution es gehen müsse. „Im Abschied vom Gegensatz zwischen System und Wandel wird eine radikale *Prozessorientierung* sichtbar, die jede geschichtsphilosophische Vorgabe abgeschüttelt hat“ (ebd.: 15). Und diese paradigmatische Orientierung sollte eben als *Transformation* (Theoriekonzept wie Praxis) ausgezeichnet werden.

Für erste Bestände einer international vergleichenden Untersuchung von postsozialistischen Entwicklungen macht der amerikanischen Soziologe David Stark eine ähnliche Fokussierung: „*Thus, in place of transition we analyze transformations, in which the introduction of new elements most typically combines with adaptation, rearrangements, permutations and reconfigurations of existing organizational forms*“ (Stark 1992: 300).

Die Differenzziehungen bei Giesen/Leggewie wie vor allem Stark sind relativ klar. Neben dem generellen Paradigmenwechsel, der die Großtheorien treffen soll, sind es solche zu den verschiedenen Ansätzen einer sich des Gegenstandes bemächtigenden neoklassischen ökonomischen Statik, dann sind es die zum politikwissenschaftlichen und partiell soziologischen Neoinstitutionalismus. Mit beiden werden, ohne dies hier ausführlicher zu diskutieren, Akteur- und Prozessperspektiven radikal verkürzt. Und es sind damit dezidiert auch Differenzziehungen zu den Vorstellungen bloßer Adaption und dem Vorbild „des „einen Kapitalismus“. Nicht zufällig kommt eben nahezu im zeitlichen Kontext die Diskussion zu „varieties of capitalism“ auf – es gibt nicht die eine klare Zielfolie, sondern durchaus unterschiedliche institutionelle Kombinationen und Konfigurationen, relativ offene Suchprozesse. Nicht irgendwie auf ein „Ende“ wird orientiert, sondern auf offene Gestaltung. Oder noch zugespitzter: Transformation wird zu einem Teilschritt von Umbruchgestaltung, „... die östlichen Umwälzungen erscheinen als Teilprozess im Gesamtverlauf ... internationaler Umbruchprozesse, das Gelingen der deutschen Einheit hängt in erster Linie vom Wandel in den Altbundesländern ab“ (Klein 1994: 43f.).

In diesen Differenzziehungen und den Orientierungen von Giesen/Leggewie und Stark finden sich alle Elemente für einen starken Transformationsbegriff, und ausdrücklich zu verweisen ist auf die Unterscheidung zwischen Transition und Transformation: Institutionenübertragung, Institutionennachbildung einerseits (Transition), und offene, verschiedene und komplexe Faktoren berücksichtigende Entwicklung andererseits (Transformation). Transformation ist notwendigerweise *nicht* Rationalität von Adaption oder Technik einer Institutionennachbildung, *sondern* Selbst-Transformation und kreative Umwandlung. Das ist nicht nur deshalb zu erinnern, weil die meisten Rückblicke sich an einem Mainstreamverständnis von Transformation orientieren, welches die Unterscheidung von Transition und Transformation wieder eingeebnet hat: Im deutschen Fall wird Transformation zur Inkorporation des westdeutschen Institutionensystems in Ostdeutschland. Eine solche Institutionenübertragung mag man dann ablehnen oder affirmativ aufnehmen; zu einer hinreichenden Begriffsbildung trägt beides nicht bei. Es ist weiter deshalb zu erinnern, weil sich in Ostdeutschland wie besonders in anderen postsozialistischen Gesellschaften partiell Transformationen als eigentändige, eigensinnige Entwicklungen vollzogen haben. Diese sind gegenüber der dominierenden Logik verdeckt und marginal geblieben, dennoch sind damit verbundene Erfahrungen wie vor allem Ergebnisse nunmehr durchaus Voraussetzungen heute anstehender Transformationen: Solche beginnen nicht aus dem Nichts, es gibt auch jetzt (siehe Stark) keine „Stunde Null“. ⁴

⁴ Dafür lassen sich hinreichend Beispiele aufzeigen (vgl. Thomas 2011), und auf solche Beispiele wird noch einzugehen sein. Mit Recht hat Kollmorgen (2009) auf entsprechende „Gegenlogiken“ verwiesen. In vergleichender Perspektive hatte Frank Dobbin solche thematisiert: „On the other hand, close studies of nations' efforts to adopt common programs often show considerable diversity in institutionalization. In studying the privatization wave among developed nations, Paul Starr (1989) found that diverse countries adopted the rhetoric of privatization, but that in practice they used it to describe entirely different kinds of activity. In practice, they used ‚privatization‘ to justify their very different, traditional approaches to industry. ... Studies of post-socialist transition have uncovered some of the same sort of resistance to economic models promoted via ‚coercive‘ measures that earlier studies found in developed nations“ (Dobbin 1999: 68).

Und schließlich ist es zu erinnern, weil genau diese Verkürzung und Uminterpretation von Transformation, letztlich deren deutliche Funktionalisierung, im Doppelsinn aufschlussreich und relevant ist. Einmal mit Blick auf Diskurse, Diskurswahrheiten und die erforderlichen Fragen von Macht und Hegemonie. Weshalb und wie gelang diese rasche Funktionalisierung? Dann mit Blick darauf, dass sich ein im Mainstream etabliertes einseitiges Verständnis von Transformation eben wiederum im aktuellen Diskurs und in aktueller Programmatik aufzeigen lässt. Was ist gemeint, wenn von Transformation die Rede ist? – Also zurück zur Vorgeschichte.

Gegenüber Euphorie und Aufbruchsstimmung eines „fälligen Paradigmenwechsels“, wie beispielsweise von Giesen/Leggewie gefordert, gab es früh skeptische Stimmen. So betonte etwa der Soziologie Heinz Hartmann für die deutschen Entwicklungen, dass man es eben nicht mit „Vereinigung“ zu tun haben würde, sondern mit „Verwestlichung“ – weshalb *Prozessorientierung* eine falsche Erwartung aufstelle: „Der Druck der Verwestlichung würde etwa im Osten eine konformistische Anschlusshaltung erzeugen, die nicht mehr will als Einordnung, Unterordnung“ (Giesen/Leggewie 1991: 101). Mir selbst schien 1991 der Transformationshype ein zeitlich *wie* inhaltlich begrenztes Phänomen, zu deutlich zeigten sich schon Einseitigkeiten.⁵ So oder so waren Erwartungen in Theoriefortschritte begrenzt. Wirkungsvoller waren zweifellos politische und ideologische Restriktionen. Erwin Scheuch stellte den Transformationsbegriff unter den Verdacht, eine Erfindung „der SED-Sozialwissenschaftler für den politisch geleiteten sozialen Wandel“ zu sein (zitiert nach Ziegler 2005: 36), und die Unantastbarkeit bestehender Institutionen wurde bekanntlich zum Leitmotiv konzeptioneller Rahmensetzungen wie praktizierter Vereinigungspolitik.

So oder so ist die Messlatte einer neuen paradigmatischen Orientierung wie die einer dem Transformationsproblem angemessenen Konzeptionalisierung sozialen Wandels speziell im (ost)deutschen Transformationsdiskurs verfehlt worden. Insofern sind theoretische Erkenntnisse in der Tat marginal, statt Übergänge und Transformationsprozesse wurden Adaption und Institutionenübertragung zur dominierenden Praxis. Helmut Wiesenthal nannte das markant „übergangslose Systemtransformation“ (Wiesenthal 1999: 43). War eine solche für den ostdeutschen Fall besonders zutreffend, so fanden allerdings auch die anderen postsozialistischen Länder ihre übergreifende Zielfolie im „Weg nach Europa“ und erst mit dieser Zielfolie sollte sich auch für sie – das relativiert die Unterschiede zum ostdeutschen Fall – stringent von Transformationen sprechen lassen. Zielvorgaben und systematische Gründe für deren Erreichen machen die Konzepte aus (vgl. Wagener 2008). Systematisch festzuhalten sind etwa holistisch-institutionelle Dominanzen und die besondere Macht starker Akteure. Der Prozess selbst hat einen klaren Anfang wie ein klares Ende, sei es die Inkorporation in die Bundesrepublik, sei es die in Europa. Damit ist die Transformation abgeschlossen.⁶

Das Ergebnis wurde zumeist als Erfolg gefeiert, etwa als „Ende der Geschichte“. Verbleibt man aber nicht in einer solch offensichtlichen Naivität, so zeigt sich durchaus das Janusgesicht dieses Erfolges. Zwar sei, so Wiesenthal für den Typ postsozialistischer Transformation, der intentionale Wandel herauszustellen und die Vorbildrolle Europas festzuhalten. „Wenn aber die postsozialistische Transformation nicht Ende tief greifender Anpassungsprozesse in Europa ist, sondern eher deren besonders markanter Auftakt, dann ergeben sich neue Probleme. Die europäischen Wohlfahrtsstaaten sind dann nicht mehr Vorbild oder Entwicklungshelfer, sondern selbst Objekt und

⁵ „Rasch aufzutauchen und treffend einen sozialen Sachverhalt zu bezeichnen ist geradezu eine ‚ideale‘ Voraussetzung, um Mode zu werden, in aller Munde zu kommen – und konsequent zerredet zu werden. Vor erreichter begrifflicher Präzision, einem Konsens auf fachwissenschaftlich akzeptablem, identifizierbarem Niveau und also dem Begreifen der Sache wird sie schon wieder zugedeckt und verstellt: Man tauscht nur noch untereinander die Etiketten aus – und bleibt konsequent in diesem Tauschgeschäft. Formal, oder abstrakt, leer; behauptet wird aber ‚die Sache selbst‘. ‚Transformation‘ – ‚Transformationsprozess‘ – partizipiert bereits wenige Monate nach seinem signalsetzenden Einzug in die aktuelle sozialwissenschaftliche Diskussion an diesem Schicksal.“ (Thomas 1992: 7).

⁶ Die offenen Probleme sind höchstens die einer sich selbst, auf ihren Grundlagen stabilisierenden Posttransformation, der gesetzte Zielkorridor wird gerade nicht verlassen: „Es gibt ein tertium datur *nach* der Transformation. ... (dieses steht) im Falle des geeinten Deutschland unter den Vorzeichen der Bewahrung, Bewährung und Gewöhnung ... Dieses Stadium bezeichnen wir als Phase der Posttransformation“ (Holtmann 2009: 23).

Subjekt tief greifender Anpassungsprozesse.“ Für diese und unter diesen Bedingungen fehlender Vorbilder gebe es nur eine skeptische Prognose: „Folglich hat die erfolgreiche Transformation der postsozialistischen Länder gute Chancen, ein unwiederholbarer Fall des intentionalen Gesellschaftswandels zu bleiben“ (Wiesenthal 2011: 95).

Man kann es auch so sagen, ohne damit alle offenen Fragen und Probleme zu berühren: Ein Transformationsbegriff; der vor allem⁷ den intentionalen Charakter des Wandels betont – und diese Betonung durchzieht nahezu alle Systematisierungen –, taugt offensichtlich nicht für die aktuell anstehenden Herausforderungen, wie sie auch Wiesenthal in den Blick nimmt. *Systemwechsel* lässt bzw. ließ sich noch als Adaption oder Inkorporation theoretisch begreifen und praktisch konzeptualisieren, nicht aber der erforderliche *Wechsel im gesellschaftlichen Entwicklungsmodell*. Genau diese Dimension und so seine durchaus zunächst gesetzten Ansprüche hat der Transformationsbegriff in seiner kurzen Karriere als Leitbegriff für den postsozialistischen Wandel verloren. Es ist insofern schon kurios, dass er nunmehr wiederum eine „Belle Époque“ einzuleiten scheint.⁸

Umbruch , Krise, Herausforderungen in Übergangszeiten ...

Mit der heute anstehenden Frage nach dem neuen, dem anderen (globalen) Entwicklungsmodell ist also die umrissene Transformationsperspektive wenig tauglich. Insofern wäre die Einführung anderer Begriffe verständlich, zumindest aber bleibt der Transformationsbegriff klärungsbedürftig.

Aus der Sicht einer *Umbruchperspektive* (vgl. etwa Baethge/Bartelheimer 2005; Bericht 2006; Busch/Land 2013; Land 2005) ist der skizzierte Falltypus postsozialistischer Transformation ein fehlgeschlagenes Projekt: Mit der gesetzten Zielperspektive – die Bundesrepublik oder Europa – ergab sich nahezu alternativlos die existierende kapitalistische Marktwirtschaft, also der „Nachbau West“. Transformation fand darin ihr Erfolgskriterium, eben als Systemwechsel bzw. einem „Ende der Geschichte“. Mit der Umbruchperspektive wird demgegenüber davon ausgegangen, dass die modernen kapitalistischen Marktwirtschaften sich seit etwa den 1970er Jahren in so erheblichen Funktions- und Regulationsproblemen befinden, dass von deren Umbruch zu sprechen ist. Ein bis dahin stabiles (fordistisches) Wirtschafts- und Sozialmodell funktioniert nicht mehr – es kann also auch nicht Zielfolie sein, sondern ist selbst Problem. Auch im „erfolgreichen“ Fall muss also eine Transformation als nachholende Integration (in dieses Wirtschafts- und Sozialmodell) fehlschlagen, und in der Regel wird sie zudem in den Transformationsgesellschaften zusätzliche Probleme generieren. Der ostdeutsche Fall ist dafür besonders aufschlussreich (vgl. Bericht 2006). Worum es geht, ist der Umbruch zu bzw. die Suche nach einem neuen Entwicklungsmodell; der Systemwechsel ist nicht Ziel, ein „Ende der Geschichte“ nicht angesagt.

„Kapitalismus wie Sozialismus waren in den Jahrzehnten nach dem II. Weltkrieg eingebunden in ein typologisch weitgehend vergleichbares, gemeinsames Entwicklungsmodell. Der Zusammenbruch des einen Systems und dessen Transformation zu dem anderen ändert nichts an den Grenzen dieses Entwicklungsmodells. Spätestens seit den 1970er Jahren ist es erodiert, befindet es sich im Umbruch. Es war eben gerade die Ressourcenproblematik, mit der sich insbesondere diese Erosion vollziehen musste. Der fordistische Teilhabekapitalismus geriet in den 1970er Jahren in eine existenzielle Krise, die durch die neoliberalen Bewältigungsstrategien verlängert und verschlimmert wurde. Fundamentale Ursache des Niedergangs⁹ scheinen die negativen Skaleneffekte der hinter der Entwicklung der Arbeitsproduktivität zurückbleibenden Ressourceneffizienz zu sein“ (Land 2010: 86). Auch wenn Umbruchkonstellation und Parameter eines sozialökologischen Umbaus durchaus sehr unterschiedlich beschrieben werden können, so ist es doch unstrittig genau diese Zäsur, aus der sich die Ansprüche nach einer „neuen Transformation“, einer „Transfor-

⁷ Um diese Absolutsetzung geht es, nicht etwa darum, dass soziales Handeln auf seinen verschiedenen Aggregatebenen immer auch intentionales Handeln ist. Mit der Verabsolutierung bleibt die Fixierung des Handelns auf Adaption. Bloße Nachahmung ist aber selbst ein einseitiges Konzept von Intentionalität.

⁸ Auf eher frühe und parallele Verwendungen des Transformationskonzeptes in regulationstheoretischen Ansätzen wird hier nicht eingegangen.

⁹ Das ist umstritten und so sicher sehr zugespitzt, stellt aber den besonderen Bezug zur erforderlichen Umgestaltungsperspektive dar. Insofern wird auf eine ausgewogene und vollständige Erklärung verzichtet.

mation des 21. Jahrhunderts“ oder einer „Großen Transformation“ herleiten.

Erosion des fordistischen Teilhabekapitalismus wie misslungene (Finanzialisierung) bzw. ausbleibende Anpassungen (Strategie der „gekauften Zeit“ – Streeck) führen zu einer Komplexität von Problemlagen und Krisenprozessen, einem ersichtlichen Handlungsnotstand: „Es sind Systemkrisen eines unökologisch ausgerichteten Industrialismus, relativ unabhängig von den jeweiligen Wirtschaftsordnungen, sowie eines entfesselten Beschleunigungskapitalismus, der alle natürlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Grenzen – ohne die eine humane Zivilisation nicht denkbar ist – zu sprengen begonnen hat“ (Ypsilanti/Scheer 2010; vgl. auch Institut Solidarische Moderne 2011). In Deutschland ist angesichts von „Handlungsnotstand“ und fehl laufenden Anpassungsstrategien eine umfassende politische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Debatte entbrannt, die auf einen „radikalen Wandel“, auf einen „grundlegenden Paradigmenwechsel“ oder auf „einen neuen Gesellschaftsvertrag“ zielt. Gefragt wird nach einer *neuen* oder eben *großen* Transformation.

Die anstehenden Anforderungen gehen nämlich weit über technologische und technokratische Reformen hinaus. „Die Gesellschaften müssen auf eine neue ‚Geschäftsgrundlage‘ gestellt werden. Es geht um einen neuen Gesellschaftsvertrag für eine klimaverträgliche und nachhaltige Wirtschaftsordnung“ (WGBU 2011: 2). Mit „Gesellschaftsvertrag“ und „Große Transformation“ wird bewusst an Karl Polanyi (1944) erinnert, der so die epochale Herausbildung der modernen kapitalistischen Marktwirtschaft, des Industriekapitalismus, charakterisierte. Nunmehr wird auf eine nicht weniger epochale Bruchstelle verwiesen, auf das erforderliche andere gesellschaftliche Naturverhältnis, auf eine „Einbettung“ gesellschaftlicher Innovation in Ressourceneffizienz und Umweltkompatibilität.

Mit dieser Bruchstelle werden Konturen und auch Komplexität der Herausforderungen schon erkennbar. Die Begründung ist als Konsequenz eines zu seinem Ende gekommenen Entwicklungsmodells (Ulrich Beck: „Weltuntergangsmodell“) einleuchtend und kaum strittig: *alles Transformation*. Zugleich aber lässt sich kein Umkehrschluss ziehen auf tatsächlich eingeschlagene Pfade zu einem anderen Entwicklungsmodell – nicht jede Art einer durchaus erfolgreichen Energiewende muss zu einem Bruch mit dem Wachstumsmodell führen. Auch ein ökologischer Wirtschafts- und Gesellschaftsumbau bedeutet das nicht unbedingt; das Gegenteil ist möglich. Den „Beweis“ liefern seit einigen Jahren die globalen Energie-, Rohstoff- und Agrarkonzerne. Es gibt eben Strategien, die auf zentralistische und auf Groß-Lösungen orientieren und so nicht nur alle Macht in die Energiekonzerne legen, sondern mit diesen Großlösungen zugleich Folgekosten generieren und wirkliche Einsparungen unmöglich machen. Zentralistische Anlagen, extreme Monokulturen, lange Transport- und Leitungswege verhindern den Bruch mit der Wachstumslogik (es ist ein Unterschied, ob 4.500 km neue Leitungen erforderlich sind, wie bei zentralen Offshore-Anlagen, welche die deutsche Politik favorisiert, oder höchstens 450 km, wie bei den dezentralen Onshore-Anlagen). Kosten, Zentralismus und Interessenkartelle machen diese Art von Energiewende zu einer extrem unsozialen und ungerechten Perspektive. Ähnlich sieht es mit den desaströsen Folgen zentralistischer und großindustrieller, großagrarischer Ökologie aus – Rodung des Regenwaldes in Südamerika, Aufkauf landwirtschaftlicher Flächen in Afrika etc. Allein die Absage an fossile Energien reicht nicht.

Eine eher zentralistische Energiewende, wie sie hier umrissen wurde, setzt modifiziert lediglich mit der Logik eines „Grünen Kapitalismus“ (Institut Solidarische Moderne 2011: 3 f.) den neoliberalen Umbau der letzten Jahrzehnte fort. Während mit diesem neoliberalen Umbau bzw. dem „nachfordistischen Landnahmezyklus“ (Dörre 2011) und insbesondere mit der Ausbildung des Finanzmarktkapitalismus radikal Natur und Arbeit nur noch als Störfaktoren erschienen, läuft auch dieser „Grüne Kapitalismus“ auf eine *herrschaftsförmige Bearbeitung* der ökologischen Probleme hinaus (Institut Solidarische Moderne 2011). Damit sind zweifellos nicht zu unterschätzende Anpassungsleistungen gegenüber dem ökologisch blinden Neoliberalismus der vergangenen Jahrzehnte verbunden, dennoch trägt dieser gesellschaftliche Umbau inhaltlich starke Züge einer „restaurativen Transformation“ (Reißig 2011) und begrifflich die einer „Transformation ohne Entwicklung“.¹⁰

¹⁰ Will man den Transformationsbegriff aus einer solchen Doppeldeutigkeit befreien, so müsste man hier statt von Transformation von *Deformation* sprechen. Damit wird eine Unterscheidung aufgenommen, die Waldenfels (1985) bezogen auf Modi sozialen Handelns getroffen hat.

Mit diesen Tendenzen wird keine wirkliche Änderung der gesellschaftlichen Entwicklungslogik, gerade kein Ausstieg aus dem Wachstumsmodell zu erreichen sein. „Wird ein Grüner Kapitalismus neoliberal dominiert, wird der potenziell schon breit getragene Konsens über einen Wandel der Produktions- und Lebensweisen und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht zustande kommen“ (Institut Solidarische Moderne 2011: 4). Über die möglichen Pfade in dieser evtl. sehr langen „Übergangssituation“ ist noch nicht entschieden, aktuelle politische Entscheidungen und wirtschaftliche Trends gerade auch in Deutschland sprechen eher für dieses neoliberal dominierte Projekt eines einseitigen gesellschaftlichen Umbaus. Zugleich aber kann hinsichtlich wesentlicher Parameter dieses „capitalism (re)turn“ völlig zu Recht von Transformation gesprochen werden – als einem Wandel, der Top-Down determiniert ist, sich an bestehenden Institutionen orientiert und durch die Macht starker wirtschaftlicher und politischer Akteure exekutiert wird. Und zweifellos handelt es sich zum bestimmenden Teil um einen intendierten Wandel, dessen Ziele im Kern klar sind, eben mit Erhalt, Festigung etablierter Macht- und Herrschaftsstrukturen. All dies aber waren, wie im ersten Teil dargestellt wurde, für den politischen und wissenschaftlichen Mainstream essentielle *Parameter einer erfolgreichen Transformation*, letztlich generell von Transformation. Insofern zeigt sich mit der skizzierten Umbaustrategie nur wiederum eine einseitige Auslegung bzw. Funktionalisierung des Transformationskonzeptes. Wird dies offen oder unter der Hand zur hegemonialen Diskursfigur, so besteht in der Tat die berechtigte Chance, die Wiederkehr der oben skizzierten Verlaufskurve als Farce zu erleben: Im Gerede über Transformation verabschiedet sich jede wirkliche Transformation.

Festzuhalten ist aber darüber hinaus und vor allem für diesen Landnahmezyklus, dass sich so die die Voraussetzungen für eine tatsächliche Transformation oder Transformationsfähigkeit der Gesellschaft verschlechtert haben. Mit der herrschaftsförmigen Bearbeitung der ökologischen Probleme werden sich diese Voraussetzungen noch mehr verschlechtern. Insofern ist Michael Brie zuzustimmen, wenn er schreibt, dass „die Erhöhung der Transformationsfähigkeit der Gesellschaften (...) die wichtigste Aufgabe jeder Politik (ist), die angesichts der Großprobleme der Gegenwart Transformationen einfordert“ (Brie 2011: 75). Erst unter diesen Voraussetzungen – Brie nennt z.B. „Erhöhung der Freiheitsgrade“, „wachsende Gleichheit“ und „Steigerung von Solidarität“ – wären wirklich Lern- und Veränderungsprozesse möglich, also Transformationen.

Die Schwierigkeiten der erforderlichen Transformation bestehen nicht nur in den technologischen oder den wirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Aspekten, sie bestehen nicht weniger in den sozialen und kulturellen Gegebenheiten moderner Gesellschaften. Genau diese würde, wie oben zitiert, ein „Grüner Kapitalismus“ blockieren. Während sich technisch-technologisch, wirtschaftlich und finanzwirtschaftlich Transformation „machen“ lässt, *ohne* die Gesellschaft zu verändern, ist eben gesellschaftliche Veränderung das *Einstiegstor* in die erforderliche Große Transformation. Diese kann offensichtlich nicht in der Logik bestehender Herrschaft, institutioneller Leitplanken und per Verordnung von oben erfolgen, sondern setzt – um bei diesen drei Parametern zu bleiben – den Bruch mit bestehende Machtkonstellationen voraus, verlangt institutionelle Umorientierungen und offene Suchprozesse von unten. Insofern geht die aktuelle Auseinandersetzung vor allem um die Art und Weise, wie Energiewende und ökologischer Umbau betrieben werden. Das ist eben nicht beliebig, sondern entscheidend (vgl. Scheer 2010; Thie 2011). Genau aus diesem Gegensatz heraus lässt sich ein stringenter und kritischer Transformationsbegriff begründen: Transformation sind die Umbau- und Suchprozesse in Richtung auf ein neues gesellschaftliches Entwicklungsmodell, Transformation ist notwendig politische, ökonomische und vor allem soziale und kulturelle Selbst-Transformation.¹¹

Transformation: den Umbau machen – regional, lokal!

Helmut Wiesenthal hatte aus seinem Verständnis von Transformation als intentionalem Wandel die nüchterne Konsequenz gezogen – wo Vorbilder fehlen, ist Skepsis angesagt. Dies ist gegenüber den blinden Machbarkeitsphantasien neoliberaler Provenienz die überzeugendere Einsicht. Über-

¹¹ Damit kann dann wiederum der *andere* Faden der Vorgeschichte aufgenommen werden, ein kritisches, Prozess orientiertes Verständnis von Transformation. Oder man gewinnt die Souveränität, das Transformationskonzept neu und Kontext adäquat zu setzen – ohne den lastenden Alb der Vorgeschichte.

zieht man aber nicht Adaption und Intentionalität als eherne Leitprinzipien, gewinnt man mit einer evolutionären Perspektive eine angemessene Sicht auf Kreativität und soziale Innovation, so lässt sich genau die andere Konsequenz ziehen – wo Vorbilder fehlen, ist Neues möglich! „Evolution ist grundsätzlich offen, es entsteht Neues, die in der Zukunft liegenden Resultate sind unbestimmt und unbestimmbar. Aber sie ist hinsichtlich der Entwicklungsrichtungen nicht beliebig – was nur scheinbar ein Widerspruch ist. Welche Resultate bleiben, welche untergehen, hängt von Entwicklungsrichtungen ab, die durch selektive Rekombination vieler Millionen einzelner Innovationen zustande kommen“ (Land 2010: 83)

Fragen nach einer solchen Art von Kreativität oder sozialer Innovation haben sich häufig mit regionalen und lokalen Kontexten verbunden.¹² Dies war nicht unbedingt erfolgreich, wie die reformorientierten Regionalisierungsansätze in den 1960er und 1970er Jahren gezeigt haben, und es war später mit einer neoliberalen Regionalpolitik verbunden, die mit ihrer einseitigen Wachstums- und Wettbewerbsorientierung die Potenziale vieler Regionen eher beschnitten hat. Insofern wird einer solchen *Verschiebung* auf regionale und lokale Kontexte als gewichtige Handlungsarenen bzw. eben einer *Regionalisierung* vielfach mit Skepsis begegnet. Dies trifft mit einer gewissen Berechtigung vor dem Hintergrund gesellschaftskritischer Ansätze zu. Denn weder können die globalen Zusammenhänge ignoriert werden noch die politischen Rahmenbedingungen in Europa. Technisch-technologische Determinanten übersteigen ebenso die lokalen und regionalen Kontexte wie dies für politische oder vor allem auch wirtschaftliche Macht- und Entscheidungskonstellationen der Fall ist. In dem Sinn wäre Regionalisierung schlicht naiv oder würde sie sich wiederum zur Funktionalisierung in einem anderen Konzept anbieten. Mit der hier verfolgten Konzeption einer zeitweiligen und relativen Verschiebung der Aufmerksamkeit auf regionale und lokale Kontexte als Handlungsarenen wird aber die eine wie die andere Falle vermieden und rücken erst die erforderlichen Selbst-Transformationen in den Blick. Wie wäre sonst auszubrechen?

Der sozialökologische Umbau kann die regionale Perspektive so stark machen, dass sich – gleichsam umgekehrt – die These einer *Regionalisierung von Transformation* vertreten lässt. Mit diesem Umbau wird die Region – entgegen sowohl zu den gescheiterten Reformstrategien wie der neoliberalen Regionalisierung – zur *möglichen* Handlungsarena: Es sind die Chancen solch neuer Entwicklungen wie ökologischer Anbau, lokale Energieerzeugung, regionale Produktion und Vermarktung, mit denen auch viele der scheinbar „überflüssigen“ oder abgehängten Regionen wieder sehr vielfältige und eben eigenständige Ressourcen finden können. Sie erlangen so, wie noch aufzuzeigen ist, wieder ein *Handlungspotenzial*. Schwächen der Reformansätze aus den 1970er Jahren können behoben werden, an die vielfältigen Ansätze um neue und innovative Planungsverfahren („Planung durch Projekte“) oder komplexere politische und wirtschaftliche Steuerung („local governance“, „new governance“) lässt sich systematisch anschließen. Regionen können im produktiven Sinn, nicht als Appendix am Wachstumspfad klebender Stärkepole, zu „Selbstverantwortungsräumen“ (Aring 2012) werden. Man übernimmt selbst Verantwortung für die wieder ersichtlichen bzw. selbst geschaffenen Stärken und Möglichkeiten.

Mit den inhaltlichen Bestimmungen des Umbaus, nämlich als einem wirklichen gesellschaftlichen Pfadwechsel und damit umfassender sozialer und kultureller Transformationen, werden Region oder lokaler Kontext mehr noch zur *notwendigen* Handlungsarena: Statt etablierte Regelsysteme lediglich zu exekutieren oder zu verfeinern, wie es Top-Down-Ansätzen oder/und einem „Grünen Kapitalismus“ immanent ist, kann deren vielmehr erforderlicher Umbau zur Beförderung einer neuen Entwicklungslogik eben nur mit entsprechenden Spielräumen und so zunächst „von unten“ und „im Kleinen“ erfolgen. Ebenso lässt sich auch die Transformationsfähigkeit steigern. Es gibt gute Gründe zur Annahme, dass es – bei aller gebotenen Skepsis gegenüber Lokalismus und Regionalismus – tatsächlich *nur so* geht (vgl. auch Institut Solidarische Moderne 2011; Klein 2011; Wright 2010). Wir selbst können auf viele diesbezügliche Beispiele verweisen (vgl. (Akteure 2008; Links/Volke 2009; Nölting u. a. 2011; Thünen-Institut/Biss e.V. 2010) (Nölting/Thomas/Land 2011) und so die Annahme untersetzen. Festzuhalten ist zudem, dass diese begriffliche Verschränkung

¹² Für das BISS ließe sich auf programmatische Orientierungen und vor allem Ausarbeitungen seit etwa Mitte der 1990er Jahre verweisen (vgl. auch Reißig/Thomas 2004 ff.). Diese sind dann auch mit in die neue Ostdeutschlandforschung eingegangen und haben ihren Niederschlag gefunden (vgl. Akteure 2008; Bericht 2006; Kollmorgen u. a. 2011; Nölting u. a. 2011).

jedem der beiden Begriffe zugleich einen eindeutigen Inhalt gibt und dass sie Konsequenzen hat für Analyse (Theorie) wie für Gestaltung (Praxis).

Mit Blick auf den gesellschaftlichen Umbau werden in einem so erreichten Transformationsverständnis Beginn und Einstieg (regional, lokal, praktische Projekte) gleichsam zur differentia specifica, denn nur so lassen sich die „generativen Mechanismen“ einer Selbst-Transformation oder Evolution finden. Ohne diese aber ist die Rede von Transformation leer. Die erforderliche soziale und kulturelle Umstellung, die lebensweltliche Veränderung, welche notwendig ein postfossiles Akkumulations- und Regulationsmodell „unterfüttern“ muss, lässt sich beispielsweise schwerlich in politischen Konstellationen und zwischen etablierten politischen Akteuren aushandeln. Sie kann nur in sehr basalen Praktiken erfunden, erprobt werden (vgl. auch Welzer 2013); Regionalisierung bringt eben solche Praktiken, Gemeinschaften wie Räume, in den Blick.

Nur beispielhaft sollen das einzelne Bezüge auf lokale, regionale Projekte und Initiativen unterstreichen. Mit ihnen lässt sich die erforderliche Komplexität von Transformationen fassen (vgl. auch (Leggewie/Welzer 2009). Es liegt an der Durchsetzung von *Einstiegsprojekten*, ob ein Umbau in den erforderlichen Dimensionen gelingt (generell Scheer 2010), eine Utopie real werden kann (Wright 2010). Das macht Erfahrungen interessant. Einige einschlägige Erkundungen und Inventarisierungen wurden schon angeführt, nachfolgend und abschließend werden diese kurz diskutiert.

Lokale Projekte, beispielsweise solche im Bereich regenerativer Energien – Bürgerwindparks, Solaranlagen oder vor allem Bioenergiehöfe – bieten wirtschaftlichen Akteuren außerhalb der vier großen Energiekonzerne in Deutschland Chancen. Das lässt sich gerade für die ostdeutsche Erfolgsgeschichte der bisherigen Energiewende zeigen (vgl. Nölting u. a. 2011), wiewohl sich diese zunehmend eintrübt. Es sind lokale Ansätze, welche organisatorische, technologische Lösungen in kleineren Bereichen (als „Nischeninnovationen“) ausprobieren und zum Teil umsetzungsreif machen lassen. Sie bieten damit die Chance, technologische Pfadabhängigkeiten – die ehernen „Argumente“ geschaffener Großlösungen – zu durchbrechen und zu neuen Lösungen zu kommen.

Die Energiewende konnte schon wirtschaftliche Anreize setzen und in regionalen und lokalen Netzwerken lässt sich Wertschöpfung mit den KMU vor Ort und dem lokalen Handwerk verbinden. Unternehmen können durchaus verdienen, geschaffene Arbeitsplätze sind ebenso ein wichtiges Argument. Die heute schon lokal/kommunal beachtliche Wertschöpfung im Bereich der Erneuerbaren (etwa 7 Mrd. EUR) lässt sich bis 2020 auf über 13 Mrd. EUR steigern. Projekte sind auch für Finanzanlagen attraktiv, es geht um ein beträchtliches Erneuerungspotenzial. Dieses kann zudem stärker auf die Qualität regionaler Entwicklung ausgerichtet sein (eine Region lebenswert machen) und auf deren Widerstandskraft oder Überlebensfähigkeit (Resilienz). Denn in den regionalen Kreisläufen erhalten solche qualitativen Argumente gegenüber einer abstrakten Gewinnorientierung mehr Gewicht; ebenso gilt das gegenüber einem regional unsensiblen Wachstum mit Folgekosten für Mobilität, Transport etc. Ökologie muss also überhaupt nicht gegen Ökonomie oder soziale Ansprüche ausgespielt werden, vielmehr lässt sich eine umweltkompatible Wirtschaft beginnen und lassen sich mit Re-Kommunalisierung wie dem Aufbau von Ansätzen einer Gemeinwohlökonomie diese Trends stärken.¹³ Innovationsrichtung und Innovationsdynamik stehen für den möglichen Beginn einer Pfadänderung.

Neben diesen Interessen von regionalen Unternehmen oder auch von Finanzinstituten, die Energiewende und sozialökologischen Umbau unterstützen können, bieten lokale Ansätze vor allem auch neue, direkte Aushandlungsmöglichkeiten für „öffentliche Güter“, für die breite Nutzung der Energiesysteme – Leitungen, Abwasser etc. Es erweitern sich, wie schon angedeutet, mit den materiellen Möglichkeiten die Chancen für Rekommunalisierungen und vor allem die einer Vervielfältigung und Modifizierung von Eigentumsstrukturen (Genossenschaften, Bürgerstiftungen, Varianten solidarischen Wirtschaftens etc.). Die Rückführung öffentlicher Güter in kommunale Entscheidung und die Ausbreitung von genossenschaftlichen Formen sind praktische Schritte einer Demokratisierung und Stärkung politischer Teilhabe. Sie verlangen aber ebenso einen Ausbau dieser

¹³ Damit werden mögliche Grenzen und ersichtliche Schwierigkeiten nicht ignoriert. Da es sich bei diesen aber weniger um akademische Debatten handeln kann, sondern um Erfahrungen der entsprechenden Suchprozesse, wird hier eine etwas glatte Formulierung gewählt.

Teilhabe, eine Stärkung und Ausweitung lokaler Demokratie.

Sowohl die positiven Effekte einer politischen Intervention für die dezentrale Energiewende (vom EEG bis zur wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen) wie die offensichtlichen Blockaden mit bürokratischer Förderpraxis, standardisierten Vorschriften, zentralistischen Lösungen etc. machen Druck auf eine Veränderung von lokaler, regionaler Governance, von politischer Rahmensetzung und Steuerung. Ersichtlich sind diesbezüglich Reformen angesagt. Nicht aber solche zu einer Freisetzung des Marktes (so etwa die Ideen einer „Agenda 2020“), sondern zu einer besseren und effektiveren Integration von Bürgerbeteiligung. Es geht um Stärke, Entscheidungsmacht für die Ermöglichung der Energiewende – das war ja immer auch der rote Faden beim Initiator des EEG, Hermann Scheer –, und es geht um eine entsprechende Offenheit, Lernfähigkeit politischer Macht, die an Solidarität und sozialer Integration ausgerichtet ist (Veld 2011). Diese „Erdung“ von Politik in einer schwierigen und unübersichtlichen lokalen/regionalen Praxis könnte eine Antwort sein auf die vereinfachte Orientierung am „Wutbürger“ oder eine ebenso vereinfachte Delegation „nach unten“, wie sie sich evtl. mit der neuen Förderstrategie der Europäischen Union (CLLD – community led local development) manifestiert. Darin liegt eine erhebliche Herausforderung. Aber nur so (und genau so) lassen sich die Einstiege mit breiteren strukturellen Transformationen verbinden, können neue Regulationen gefunden und durchgesetzt werden, wird ein weitergehender und sich stabilisierender Transformationsprozess fassbar. Es ist hier nicht die Frage, das Lokale oder die kleinen Projekte zu isolieren, sondern umfassendere Brückenbildungen und Institutionalisierungen sind erforderlich. Freilich spricht einiges für die skizzierte Rang und Reihenfolge; umgekehrt geht es wohl eher nicht.

Bürgerbeteiligung, praktizierte Teilhabe an lokalen Projekten und Entscheidungen ist nicht nur essenziell für die offenen, suchenden Governanceformen oder die aufgeführten Projekte der Energiewende; Bürgerbeteiligung, praktizierte Teilhabe werden vielmehr in einem umfassenderen, sozialen und kulturellen Sinn zu entscheidenden „Mechanismen“ von Lernprozessen, von Such- und Evolutionsprozessen.

Für die Grenzen des fordistischen Teilhabekapitalismus wurde darauf verwiesen, dass kulturell gewachsene Teilhabeansprüche nicht mehr mit dem Modell von Massenkonsum befriedigt werden konnten (Busch/Land 2013), dass sie aber nicht primär auf ein Mehr an abstraktem Gewinn (Nutzenmaximierung) orientieren, sondern auf Partizipation und Mitentscheidung, dass sie Raum lassen für gemeinschaftliche Ansprüche und solidarisches Verhalten. Darin liegt eine kulturelle Innovation oder das Individualitäts-Entwicklungsprinzip einer dynamischen Sozialität. Mit der skizzierten Art der Energiewende und sozial-ökologischem Umbau wird genau dieses Individualitätsprinzip befördert. Andererseits wird es eben zum entscheidenden Treiber von Energiewende und Umbau. Was sich im fordistischen Kapitalismus nicht mehr einlösen ließ und mit dem Finanzmarktkapitalismus zu einer Zerstörung, Deformation des Sozialen führte, kann hier als progressiver Sozialmodus, als Evolutionsprinzip gesehen werden.

Dabei geht es neben den Formen von aktiver lokaler Demokratie und Governance – mit Ansprüchen nach Selbstermächtigung und ihrer adäquaten Institutionalisierung – vor allem um die erforderliche kulturelle Neujustierung des Sozialen, um die Ausbildung von Präferenzen und Lebensweiseformen, welche den ökologischen Wandel untersetzen. Das ist mit progressivem Sozialmodus gemeint, und dafür gibt es viele Anregungen und Beispiele. Der neuere Subsistenz- und Suffizienzdiskurs hat sich erheblich aus einer bloßen Verzichtsrhetorik gelöst und zeigt Perspektiven für Glück, gelingendes und gutes Leben. Auf die sehr unmittelbar mögliche Reduzierung von Transportaufwendungen wurde schon hingewiesen.

Vielfache Beobachtungen weisen nach, dass wiederum die praktische Teilhabe an solchen Umbauprojekten – einer Genossenschaft, einer Bürgerwindanlage, einem Bioenergiedorf – die entscheidende Voraussetzung für eine Änderung von Präferenzen ist. Das ist schwerlich möglich über politische Aufklärung, auch nicht allein über das Vorbild kultureller Eliten: der Schlüssel liegt in der eigenen praktischen Erfahrung. Mit der „gemeinsamen Interaktion in der Wirk-Welt“, wie es sozialphänomenologisch heißt (vgl. Srubar 1988), also dem Engagement in praktischen Projekten, eröffnen sich neue Handlungsregulative. Es ist eine kreative, praktische Konstellation, die sowohl den Ausstieg aus dem Gewohnten (etwa einem Habitus bloßer Folgsamkeit) ermöglicht wie aus den fatalen Statusansprüchen reiner Nutzenmaximierung. Genau das aber macht Neues möglich, gemeinsames Agieren im gesellschaftlichen Umbau. Insofern zeigt sich gerade in dieser Hinsicht,

dass die lokalen Projekte und Initiativen nicht so singulär sind, sie haben vielmehr eine beachtliche Bedeutung für den *Einstieg in den Umstieg*: „Wenn es dort geht, dann geht es vielleicht auch bei uns!“

Einstiegsprojekte in Energiewende und sozialökologischen Umbau zeigen die Region als relevante Handlungsarena und decken emanzipatorische Potenziale auf. In beiderlei Hinsicht stellen die aktuelle Politik, welche eindeutig große Unternehmen und zentralistische Ansätze bevorzugt, wie die aggressiven Strategien der großen Unternehmen selbst nicht zu unterschätzende Gefährdungen dar. Dennoch gibt es keine Alternative. Die „Große Transformation“ wird zu einem wesentlichen Teil eher eine „kleine Transformation“ sein, und der großen Veränderung auf der Ebene der Gesellschaft – einem anzustrebenden Gesellschaftsvertrag – wird die kleine Veränderung auf der individuellen Ebene, der lokalen etc. partiell vorausgehen. Dass damit keinem bloßen Gegeneinander das Wort geredet wird und es nicht um die eher fruchtlosen Debatten um Rang- und Reihenfolge geht, muss eigentlich nicht noch einmal wiederholt werden. Da aber doch ein beträchtlicher Spagat oder gar Perspektivenwechsel für Theorie wie Politik verlangt wird, bleibt die Akzentuierung unerlässlich. Darin zeichnet sich der Zugang zu einem zeitgemäßen Transformationskonzept aus; so lässt sich auch produktiv mit der eingangs umrissenen Geschichte umgehen. Andernfalls bliebe es bei einer Transformation, mit der – unabhängig von rhetorischer Brillanz und diskursiver Ausbreitung – gerade eines verhindert wird: der erforderliche gesellschaftliche Pfadwechsel.

Literatur:

Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich 2010: Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München.

Akteure 2008: Akteure in Ostdeutschland – Zwischen Adaption und Innovation. Schwerpunktheft Berliner Debatte Initial. 19. Jg. (3). Zusammengestellt von Michael Thomas und Ulrich Busch.

Aring, Jürgen 2012: Selbstverantwortungsräume – Mehr Handlungsoptionen vor Ort schaffen, in: Binas, Eckehard (Hrsg.): Die *Neue Region*. Gesellschaftliches Labor für gelingendes Leben. Frankfurt am Main: 139 – 150

Baethge, Martin/Bartelheimer, Peter (Hrsg.) 2005: Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen. Wiesbaden.

Beyme von, Klaus 1994: Der Zusammenbruch des Sozialismus und die Folgen für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung. In: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Mitteilungen 63. März: 9 – 19.

Bericht 2006: Zur Lage in Ostdeutschland. Bericht des Netzwerkes und Innovationsverbundes Ostdeutschlandforschung. In: Berliner Debatte INITIAL, 17. Jg. (5), S. 3 – 96.

Bönker, Frank/Wielgohs, Jan (Hrsg.) 2008: Postsozialistische Transformationen und europäische (Des-)Integration. Marburg.

Brie, M. 2011: Die Fähigkeit zur Transformation – Fortschrittskriterium heutiger Gesellschaften. In: Thomas, M. 2011: Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen. Münster et al., S. 61 – 84

BUND 2008: Wuppertal Institut. Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie. Frankfurt am Main.

Busch, Ulrich/Land, Rainer 2013: Teilhabekapitalismus. Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950 bis 2010. Ein Arbeitsbuch. Berlin.

Dellheim, Judith/Krause, Günter (Hrsg.): Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation. Berlin.

Dobbin, Frank 1999: A Market is a Market is a Market? Institutional Conditions for the Construction of Market Mechanism, in: BISS public, Heft 27: 53 – 72.

Dörre, Klaus 2011: Landnahme und die Grenzen kapitalistischer Dynamik. In: Berliner Debatte Initial, Jg. 22 (4): 56 – 72.

Genov, Nikolai 2010: Global Trends in Eastern Europe. Farnham (UK), Burlington (US).

- Giesen, Bernd/Leggewie, Claus 1991: Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin.
- Hopfmann, Arndt/Wolf, Michael (Hrsg.) 2001: Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven. Münster.
- Holtmann, Everhard 2009: Transition, Transformation, Posttransformation – zur Heuristik des Systemwandels in longitudinaler Perspektive. In: SFB 580. Mitteilungen, Heft. 31: 21 – 37.
- Im Osten 2010: Im Osten was Neues – Kreativer Aufbruch in den vom demografischen Wandel betroffenen Regionen in den neuen Bundesländern. Projektbericht Thünen-Institut und BISS e.V. (unv.).
- Institut Solidarische Moderne 2011: Umriss eines sozialökologischen Gesellschaftsumbaus auf dem Weg in eine solidarische Moderne. Der Erinnerung Hermann Scheers gewidmet. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Standpunkte 33
- Keppler, Dorothee/Nölting, Benjamin/Schröder, Carolin (Hrsg.) 2011: Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Perspektiven für eine zukunftsfähige sozial-ökologische Energiewende. Frankfurt a.M. et al.
- Klein, Dieter 1994: Eine mehrdimensionale, kritische Deutung der ostdeutschen Transformation, in: BISS public, Heft 13: 33 – 44.
- Klein, Dieter 2011: Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Standpunkte 34.
- Köcher, Uwe 2007: Die Renaissance des Regionalen. Zur Kritik der Regionalisierungseuphorie in Ökonomie und Gesellschaft. Münster.
- Kollmorgen, Raj (Hrsg.) 2005: Transformation als Typ sozialen Wandels. Postsozialistische Lektionen, historische und interkulturelle Vergleiche. Münster.
- Kollmorgen, Raj 2009: Umbruch ohne Revolution? Beitritt statt Transformation? In: Berliner Debatte Initial, 20. Jg. (4): 90 – 103.
- Kollmorgen, Raj/Koch, Frank Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hrsg.) 2011: Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden.
- Krumbein, Wolfgang/von Frieling, Hans-Dieter/Kröcher, Uwe/Sträter, Detlev (Hrsg.) 2008: Kritische Regionalwissenschaft. Gesellschaft, Politik, Raum. Münster.
- Land, Rainer 2005: Paradigmenwechsel in der Ostdeutschlandforschung. In: Berliner Debatte Initial, 16. Jg. (2): 69 – 75.
- Land, Rainer 2010: Ressourceneffizienz und die Grenzen des fordistischen Typs sozialökonomischer Entwicklung. Ms.
- Land, Rainer 2011: Zur Unterscheidung zwischen Wirtschaftswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung. In: Thomas, M. 2011: Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen. Münster et al., S. 99 – 137
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald 2009: Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chance der Demokratie, Frankfurt a.M.
- Links, Christoph/Volke, Kristina (Hrsg.) 2009: Zukunft erfinden. Kreative Projekte in Ostdeutschland. Berlin.
- Nölting, Benjamin/Thomas, Michael/Land Rainer 2011: Energie im Osten: Die Energiewende als Chance für einen zukunftsfähigen Entwicklungspfad in Ostdeutschland. In: Keppler, Dorothee/Nölting, Benjamin/Schröder, Carolin (Hrsg.): Neue Energie im Osten – Gestaltung des Umbruchs. Perspektiven für eine zukunftsfähige sozial-ökologische Energiewende. Frankfurt a.M. et al.: 15 – 36.
- Polanyi, Karl 1977: The Great Transformation. Frankfurt am Main.
- Reißig, Rolf 1998: Ostdeutschland: Am Ende des Systemwechsels – am Anfang einer nachhaltigen Transformation, in: BISS public, Heft 26: 5 – 22.
- Reißig, Rolf 2009: Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept gesellschaftlichen Wandels. Wiesbaden.
- Reißig, Rolf 2011: Die neue „Große Transformation“. Der Übergang zu einem sozialökologischen und solidarischen Entwicklungspfad. In: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 3: 79 – 88.
- Reißig, Rolf/Thomas, Michael (Hg.) 2004ff.: Texte aus dem Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.). Band 1 – 3. Münster et al..
- Scheer, Hermann 2010: Der energetische Imperativ. 100 % jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu er-

neuerbaren Energien zu realisieren ist. München.

Srubar, Ilja 1988: Kosmion. Die Genese der pragmatischen Lebenswelttheorie von Alfred Schütz und ihr anthropologischer Hintergrund. Frankfurt am Main.

Stark, David 1992: The Great Transformation? Social Change in Eastern Europe. In: Contemporary Sociology, 21: 299 – 304.

Thie, Hans 2011: Exit statt Exitus. Das rote Projekt für den grünen Umbau in 16 Leitsätzen. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Standpunkte 09.

Thomas, Michael (Hrsg.) 1992: Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozeß. Berlin.

Thomas, Michael (Hrsg.) 2011: Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen. Münster et al.

Thomas, Michael 2011a: Ostdeutsche Zukunftspotenziale – oder: Wie man das Rad doch noch einmal neu erfinden muss. In: Kollmorgen, Raj/Koch, Frank-Thomas/Dienel, Hans-Liudger (Hrsg.) 2011: Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen. Wiesbaden: 361 – 384.

Transgovernance 2011: The Quest of Governance of Sustainable Development. Roeland I. in 't Veld. Wicht Klaus Töpfer et al. Project Report. IASS. Potsdam.

Wagener, Hans-Jürgen 2008: Von der Transformation zur Integration. Eine Bilanz. In: Bönker, Frank/Wielgohs, Jan (Hrsg.) 2008: Postsozialistische Transformationen und europäische (Des-)Integration. Marburg: 259 – 270.

Waldenfels, Bernhard 1985: In den Netzen der Lebenswelt. Frankfurt am Main.

WBGU 2011: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Berlin

Weingarz, Stephan 2003: Laboratorium Ostdeutschland? Der ostdeutsche Transformationsprozess als Herausforderung für die deutschen Sozialwissenschaften. Münster/Hamburg/Wien/Berlin/London.

Welzer, Harald 2013: Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt am Main.

Wielgohs, Jan/Wiesenthal, Helmut (Hrsg.) 1997: Einheit und Differenz. Die Transformation Ostdeutschland in vergleichender Perspektive. Berlin.

Wiesenthal, Helmut 1999: Erntezeit der Sozialwissenschaft? Die Transformationsprozesse in Osteuropa stellen ein politikwissenschaftliches Paradigma in Frage. In: humboldt spectrum, Heft 2: 44 – 50.

Wiesenthal, Helmut 2011: Ambivalente Ergebnisse – Impressionen aus zwei Jahrzehnen Transformationsforschung, in: Thomas, Michael (Hrsg.): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen. Münster et al.: 85 – 98.

Wright, Eric Olin 2010: Envisioning Real Utopias. London/New York.

WZB 1990: Zur Lage der sozialwissenschaftlichen Forschung in der ehemaligen DDR: Wissenschaftliche Interessen, Forschungserfahrungen, Strukturprobleme, Kooperationswege. Konferenzbericht, hg. Von Wolfgang Zapf und Georg Thurn. WZB papers P 90 – 008.

Ypsilanti, Andrea./Scheer, Hermann 2010: Grundsatzpapier Institut Solidarische Moderne. Frankfurt a. M.

Ziegler, Hans-Volker 2005: Sozialwissenschaften und Politik bei der deutschen Wissenschafts-Vereinigung. WZB, discussion papers, P 2005 – 2008.